

Oberurseler Klimaschutz-Paket

Die Stadt Oberursel muss sich ihrer klimaschutzpolitischen Verantwortung stärker bewusst sein und danach handeln. Mit dem Beitritt zum „Klimabündnis“ im Jahr 1997 hat sich Oberursel zu einer aktiven Reduzierung von Treibhausgasen verpflichtet. Wir GRÜNE sind der Ansicht, dass die Stadt in den vergangenen elf Jahren ihrer Selbstverpflichtung kaum nachgekommen ist. Um das Problem umfassend anzugehen, legen wir ein Klimaschutz-Maßnahmenpaket für Oberursel vor. Darin sind wichtige Maßnahmen und Anregungen zusammengefasst, die deutlich machen, dass der Schutz unseres Klimas ein Querschnittsthema ist, das viele Politikbereiche tangiert. Für die Koordination der notwendigen Maßnahmen quer durch die Stadtverwaltung soll die Stelle des Umweltbeauftragten aufgewertet und ausgedehnt werden.

Wir GRÜNE sehen unser Klimaschutz-Paket nicht als abgeschlossen an, sondern fordern alle Fraktionen, sowie die Bürgerinnen und Bürger auf, eigene Vorschläge für eine konsequente Klimaschutzpolitik zu unterbreiten. In Oberursel muss sich endlich etwas bewegen für unser Klima, dabei ist nicht entscheidend, wer Vorschläge macht, sondern dass wir alle den Mut haben, radikal umzudenken und zu handeln!

Themenbereich Energie

- Die Stadt Oberursel soll ihren Energiebedarf reduzieren und soweit möglich aus regenerativen Quellen beziehen. Hierzu soll der Strombedarf aller städtischen Einrichtungen unter zertifizierten Ökostromanbietern ausgeschrieben werden.
- Zur Reduzierung des städtischen Energiebedarfs sollen städtische Gebäude energetisch saniert werden. Darüber hinaus soll bei der Beschaffung von neuen Geräten (Bspw. PCs, Heizungen, Maschinen für den Bauhof etc.) auf den höchsten Effizienzstandard gesetzt werden. In allen städtischen Gebäuden sollen intelligente Steuersysteme für Beleuchtung und Heizung installiert werden.
- Für alle städtischen Gebäude ist der bedarfsorientierte Energieausweis auszustellen.
- Bei der Sanierung von städtischen Gebäuden ist die Möglichkeit des Energiesparcontractings zu berücksichtigen.
- Die Dachflächen städtischer Gebäude sollen, soweit möglich, für Solaranlagen zur Verfügung gestellt werden.
- Die Energieberatung für Privatleute und Gewerbebetriebe soll zeitlich ausgedehnt und kostenfrei werden. Die Beratung soll in Bezug auf die Finanzierung von Energiesparmaßnahmen und den Einsatz erneuerbarer Energien ausgedehnt werden.
- Die Nutzung regenerativer Energien soll in Oberursel grundsätzlich gefördert, Planungshürden sollen abgebaut werden.

Themenbereich Stadtplanung / -entwicklung

- Neue Baugebiete sollen im Hinblick auf optimale Ausnutzung der Sonnenenergie geplant werden. Neue Baugebiete sollen an bestehende Infrastruktur anschließen. Durch kompakte Siedlungsstrukturen sollen Verkehr und Bodenversiegelung minimiert werden.
- Durch Auflagen in Bebauungsplänen soll die Stadt Einfluss auf den Heizenergiebedarf von Neubaugebieten nehmen, z. B. durch Förderung des Einsatzes von Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen durch günstige Dachneigung, Minimierung von Wärmeverlust über zulässige Gebäudeabmessung und kompakte Bauweise, aktive und passive Nutzung der Sonnenenergie durch verschattungsarme Lage der Gebäude zueinander.
- Bei größeren, zusammenhängenden Neubaugebieten (z. B. Bommersheim Süd) soll die Stadt eine zentrale Nahwärmeversorgung mittels eines Blockheizkraftwerkes vorsehen.
- Bei Sanierung und Neubau von Gebäuden im Besitz der Stadt bzw. städtischer Gesellschaften sollen diese dem Passivhausstandard genügen. Ist dies in begründeten Fällen nicht möglich, gilt als Mindeststandard eine dreißig Prozent bessere Energieeffizienz, als die Energie Einsparverordnung (EnEV) verlangt. Ziel muss es sein, dass die Stadt Oberursel mittelfristig nur noch Gebäude nutzt, die eine angemessene Energiebilanz aufweisen
- Bei der Veräußerung von städtischen Grundstücken (Erbpacht oder Verkauf) ist vertraglich zu vereinbaren, dass im Falle einer Bebauung der Neubau in Passivbauweise entsteht. Sollte dies aus baulichen oder sonstigen Gründen nicht möglich sein, muss das Gebäude eine um 30 % bessere Energieeffizienz aufweisen, als dies in der Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und Anlagentechnik bei Gebäuden (EnEV) vorgegeben ist. Eine Unterschreitung der EnEV um 30 % soll mit städtebaulichen Verträgen festgeschrieben werden.

Themenbereich Verkehr

- Der ÖPNV in Oberursel, insbesondere der Stadtbusverkehr, ist zu verbessern. Hierfür sollen die Linienführungen optimiert werden, und durch höhere Taktfrequenz und verbesserte Anschlussmöglichkeiten die Auslastung verbessert werden.
- Der Fuhrpark der Stadt bzw. der städtischen Gesellschaften ist auf weniger klimaschädliche Fahrzeuge, z. B. mit Erdgasantrieb, umzustellen. Für städtische Bedienstete soll ein Jobticket angeboten werden.
- Durch eine bessere Stadtplanung sollen motorisierte Verkehre vermieden werden, Radfahren und Zu-Fuß-Gehen soll gefördert werden. Dazu sollen praxisorientierte Radabstellmöglichkeiten an allen zentralen Punkten im Stadtgebiet geschaffen werden, ein Radwegesystem soll umgesetzt werden.

Themenbereich Kultur

- Städtische Förderrichtlinien sollen mit dem Ziel überprüft werden, insb. Vereine mit eigenen Gebäuden bei Energiesparprojekten zu unterstützen.
- Städtische Veranstaltungen sollen grundsätzlich klimaneutral durchgeführt werden.

Themenbereich Müll

- In Oberursel soll eine Biotonne zur Sammlung von organischen Abfällen eingeführt werden. Die gesammelten Abfälle sollen im Rahmen der RMA zur Biogas-Gewinnung genutzt werden.

Themenbereich Beschaffung

- Die städtischen Einkaufsrichtlinien sollen um Klimaschutzaspekte erweitert werden. Nachhaltiges Wirtschaften soll genauso gefördert werden, wie regionale Betriebe.
- Auf Tropenhölzer aus Raubbau soll bei allen städtischen Baumaßnahmen bzw. Möbelbeschaffungen verzichtet werden.
- In der Rathauskantine bzw. der Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sollen ökologische und fair gehandelte Produkte angeboten werden.

Oberursel, Februar 2008